



Herzlich willkommen bei der Februar-Ausgabe unseres Newsletters. Er stellt Frauen in den Fokus, was auch schon auf den Frauentag am 8. März verweist. Am **7. März** sind wir übrigens mit dem **Netzwerk Hagener Frauen** in der **Volmegalerie** anzutreffen. Kommt vorbei!

Der **40. Geburtstag** unseres Kreisverbandes rückt näher. Wie war es in den Achtzigern und Neunzigern, in Hagen GRÜNE Politik zu machen? **Hildegund Kingreen** erinnert sich im Gespräch an manches, was heute kaum noch vorstellbar ist...

Die Aussagen eines Gutachters haben kürzlich die Diskussion um das Schließen oder Erhalten einzelner Schulen wieder angefacht. Unsere schulpolitische Sprecherin **Nicole Pfefferer** gibt Auskunft, wie sie die Hagener **Bildungslandschaft** findet und was sie gerne verändern möchte.

Andrea Peuler-Kampe war mit vielen Tierschützer*innen bei der Demo „**Wir haben es satt**“ am 18. Januar in Berlin. Sie traf GRÜNE Prominenz (im Bild festgehalten) und konnte Anregungen für ihre Tierschutz – Arbeit mitnehmen.

Zum Frauentag bieten wir euch in dieser Ausgabe einen Hintergrund-Text, warum wir uns, etwa beim Kommunalwahlprogramm, für **geschlechtergerechte Sprache** entschieden haben und wie das funktioniert.

Zwei **Termine** solltet ihr euch noch besonders vormerken: unseren **Fahrrad-Aktionstag** am **9. Mai** und das **Geburtstagsfest** des Kreisverbandes am **19. Juni**.

Viel Spaß beim Lesen wünscht eure Newsletter-Redaktion:

Almut Kückelhaus
Daniel Adam

40 Jahre GRÜNE – in Hagen und anderswo

Über viele Jahre war Hildegund Kingreen das „Gesicht“ der Hagener GRÜNEN.

25 Jahre war sie im Rat, davon zehn als Fraktionssprecherin. Ich habe mit ihr über ihre Erinnerungen gesprochen.



Wie bist du zur Politik gekommen?

Zum Ende des Vietnamkriegs, also nach 1979, gab es eine Initiative von [Terre des Hommes](#), unbegleitete Kinder und Jugendliche aus den Flüchtlingslagern nach Deutschland zu holen. 19 von diesen Jugendlichen kamen nach Hagen. Ich habe mich damals intensiv um ihre Integration – Unterbringung in Wohngruppe oder Pflegefamilien, Ausbildung, Familiennachzug - gekümmert. Das wurde unterstützt durch eine zu der Zeit noch große Zustimmung und Hilfsbereitschaft in der Hagener Bevölkerung. Es wäre wohl bei meinem Engagement in Initiativen geblieben, hätten mich nicht eines Tages die GRÜNEN gefragt, ob ich nicht für sie in den Ausländerbeirat gehen würde. Das war der

Anfang, es folgte der Personalausschuss und bald darauf kam die Anfrage von Dieter Groß an mich, 1989 für den Rat zu kandidieren, die zweite grüne Ratsperiode.

Wie war die politische Stimmung Anfang der Achtziger Jahre?

Man muss die globale Lage sehen. Es war ja noch die Zeit des Kalten Krieges. Demonstrationen für Frieden und Abrüstung, gegen Atomwaffen und Atomtransporte waren an der Tagesordnung. Die Umweltbewegung entstand. Aber auch die Flüchtlingsfrage spielte eine immer größere Rolle bei zunehmend ablehnender Haltung bei Teilen von Politik und Bevölkerung.

Es war ja nicht ausgemacht, dass aus der Umweltbewegung eine Partei würde. Man war ja bemüht, sich ganz stark vom etablierten Politikbetrieb abzusetzen. Wie hast du das damals empfunden?

Ich habe das sofort begrüßt, obwohl es am Anfang ziemlich chaotisch zuging. Ich habe die Grünen auch sofort gewählt. Es gab sehr viel Kreativität und Aktivität auch hier vor Ort. Wir waren ja nah an den Initiativen, jede/r bei den GRÜNEN hatte mit denen zu tun. Die Liebe zur Natur und ihr Schutz waren von Kindheit an für mich elementar wichtig. Wir Grünen waren friedens- und

umweltbewegt, haben auch für eine integrative Gesellschaft gestritten und etwa gegen den §175 gekämpft.

Die Frauenbewegung war für viele damals ein rotes Tuch. Gab es frauenpolitische Aktivitäten auch in Hagen?

Von Anfang an haben wir für die Abschaffung des §218 gekämpft und darauf hingewiesen, dass es in Hagen keine Möglichkeit zur Abtreibung gibt. Noch heute müssen die Frauen nach Dortmund fahren! Eingesetzt haben wir uns auch für eine religionsneutrale Schwangerschaftskonfliktberatung.

Wie war der Umgang untereinander?

Es wurde viel und teils auch sehr verbissen diskutiert. Besonders am Anfang waren wir ja eine sehr bunte Truppe. Ich erinnere mich an erbitterte Auseinandersetzungen auf allen Ebenen der GRÜNEN, weil die Idealvorstellungen und Denkweisen sehr weit auseinandergingen. Dadurch verließen auch Menschen die Grünen wieder, andere kamen dazu. Heftig geraucht wurde in den Sitzungen zu der Zeit auch noch - gleichzeitig aber über Cadmiumvergiftung in der Batterieproduktion diskutiert... *(lacht)* Natürlich wird auch heute gestritten. Aber es besteht Konsens darüber, sachlich und



wertschätzend miteinander umzugehen.

Atomkraft, Umweltschutz, Frieden und Flüchtlinge waren Themen, die einen zwangsläufig in Opposition zu Bekannten und Verwandten brachte. Hast du da viele Diskussionen geführt?

Gesprächspartner, Nachbarn waren schon mal peinlich berührt und gingen auf Abstand.

Familienmitglieder zeigten Unverständnis. Grüne galten als chaotisch und weltfremd.

Unter welchen Bedingungen habt ihr damals politisch gearbeitet?

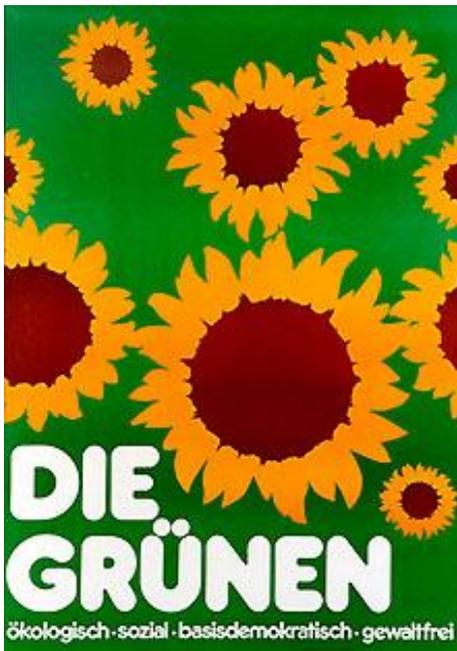
Es gab ein erstes Kreisverbandsbüro in der Haldener Straße vor meiner Zeit, dann in der Wehringhauser Straße, dann in der Langestraße, das war ziemlich schäbig. Ein Fraktions-Büro im Rathaus bekamen wir 1989. Zwischen den Treffen haben wir endlos viele Telefonate geführt, die auch die Familien belasteten. Ich war insofern sehr froh, als die Kommunikation immer mehr über E-Mail geführt wurde.

Die Presse, später auch Radio Hagen, waren die Informationsmedien damals. Im Lokalteil der beiden Zeitungen wurden lokalpolitische Themen ausgiebig berichtet und diskutiert, begleitet von Leserbriefen. Die Presseleute kamen zu den Veranstaltungen, machten Fotos und ausführliche Berichte.

Als ich in den Personalausschuss kam, saßen da außer mir nur Männer. Als Frau, Grüne, Nichtraucherin, Nichttrinkerin war ich da erstmal außen vor. Unter OB Thieser wurde noch lange in den Sitzungen geraucht und auch schon mal in der Sitzungspause Alkohol ausgeschenkt. Das war eine andere Kultur.

Dann hast du für den Rat kandidiert...

Für mich wurde ein Fortbildungsprogramm organisiert, weil ich mich ja in viele Themen erst einarbeiten musste. Fritz Helms hat mir z.B. eine Einführung zur Wirtschaft gegeben. Es gab ja keine Unterstützungsprogramme der Landesebene, kein Mentoring. Außer einer Fachzeitschrift für GRÜNE Kommunalpolitik waren wir vor Ort mehr oder weniger auf uns selbst gestellt.



Auch von den „Altparteien“ wurden die GRÜNEN nicht grade mit Samthandschuhen angefasst. Wie waren deine Erfahrungen im Rat?

In der ersten Zeit war der Umgang mit uns im Rat vielfach ablehnend, spöttisch, aggressiv. Man redete bei unseren Wortbeiträgen dazwischen oder ging raus zum Kaffeetrinken.

Natürlich ist der Umgang besser geworden. Ein schlechter Ton herrscht heute eher im Rat als in den Ausschüssen oder gar in fast allen Bezirksvertretungen, wo meistens sachbezogen diskutiert wird.

Was waren die Aufregerthemen in Hagen? Was waren die ersten Erfolge?

Die Varta mit damals völlig unzureichendem Schutz der Belegschaft und der Umgebung vor Vergiftung mit Blei, Cadmium, Quecksilber. Abgeschafft wurde auf unser Betreiben eine separate Auszahlstelle für Flüchtlinge. Angeblich war es den Sparkassenkunden nicht zuzumuten, wenn sie



Asylbewerbern begegneten! Einen harten Kampf führten wir – schließlich erfolgreich – gegen die Versorgung der Geflüchteten mit Esspaketen statt Geld.

Verhindert haben wir z.B. den Hochwasserdamm am Holthäuser Bach, die Bebauung des Bettermangelandes mit einem riesigen Baukomplex, den Autohof auf der Haßleyer Insel, leider nicht den Möbelmarkt, die Vernichtung eines Naturschutzgebietes für die Erweiterung des Steinbruchs Donnerkuhle, auch mit Hilfe des BUND, der schließlich eine erfolgreiche Klage anstrebte. Bei der Ortsumgehung Boele ist uns das leider nicht gelungen, was sich bis heute darin auswirkt, dass LKW-Verkehr unnötig in die Stadt

gezogen wird. Auch bei der Stadtbahn haben wir uns nicht durchsetzen können. Unter OB Dehm haben wir den dringend nötigen Neubau des Tierheims erreicht. Auch ein mir besonderes Anliegen haben wir durchgekämpft: Den Bau des Schumacher-Museums und damit die Entwicklung des heutigen Kunstquartiers.

Wir GRÜNEN waren und sind mit unseren ganzen Ideen, die Stadt Flächen sparend und Umweltschonend zu beplanen, wenig erfolgreich!

Die Stadt hat in Hagen Flächen für Gewerbeansiedlung völlig verschleudert. Jeder, der mit Geld kommt, konnte in dieser Stadt alles machen! Da sind Chancen buchstäblich „verbaut“ worden. Beispiel: Wehringhausen, die verschwenderische Planung im Lennetal und schließlich die Haßleyer Insel, die sich für verträgliches Gewerbe vorzüglich geeignet hätte. Stadtplanung wurde bisher zu viel in der Verantwortung städtischer Gesellschaften gemacht und von der Politik, wenn überhaupt, abgenickt. Ich sehe mit Sorge, dass die ausgegliederten städtischen Tochter- Gesellschaften, allen voran der WBH mit seinen Untergesellschaften, zu viel außerhalb der politischen Kontrolle agieren.

Wenn du jetzt auf die Fridays for Future-Bewegung schaust: siehst du Parallelen zur Zeit der Groß-Demos in den Achtzigern?

Ja, doch! Ich habe mich kaum über etwas so sehr gefreut. Ihre Themen sind richtig und sie haben eine Jugendbewegung hervorgebracht, wie es sie so noch nie gegeben hat. Die Politiker*innen der Altparteien können die nicht so abbugeln, wie sie es lange mit uns getan haben.

Was würdest du der jüngeren Generation gerne mit auf den Weg geben?

Dass es sich lohnt, für ihr Leben und für ihre Ziele zu kämpfen und dass sie für Demokratie streiten und Ökologie mit Wirtschaft und Sozialem zusammen sehen, früher wurden ja immer Ökologie und Ökonomie als Gegensätze dargestellt. Sie haben den richtigen Ansatz und stellen mit ihrem fundierten Wissen manchen Politiker ins Abseits. Angesichts der dramatischen Entwicklungen beim Klimawandel und Artensterben sind sie für mich eine ganz große Hoffnung.



Wahlkampf mit Bärbel Höhn 2004

7 Fragen an Nicole Pfefferer zur Hagener Bildungslandschaft



Nicole sitzt seit 2014 für die GRÜNEN im Hagener Rat und ist bildungspolitische Sprecherin. Das Schulhalbjahr mit den Anmeldefristen für die Klassen 5 habe ich zum Anlass genommen, ihr ein paar Fragen zu stellen.

Die Plätze sind knapp, die Gebühren recht hoch. Hat die Stadt die Familien von Kita-Kindern nicht im Blick?

Doch, hat sie. Wir sind allerdings immer noch eine arme Kommune unter strenger Aufsicht der Bezirksregierung. Das engt den Spielraum für Gebührensenkung in vielen Bereichen leider deutlich ein. Sicher wären beitragsfreie

KiTas oder deutlich günstigere KiTa-Gebühren sehr, sehr wünschenswert. Das bleibt aber in den kommenden Jahren erst mal leider Wunschdenken. Was den Ausbau der Plätze angeht, ist die Stadt auf einem guten Weg. Guck Dir mal die Neubauten in den letzten drei Jahren an. Aber besser geht es natürlich immer.

Bei vielen Kindern sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schullaufbahn nicht gegeben, etwa weil Sprachkenntnisse fehlen. Was kann Hagen tun, damit die Integration durch Bildung gelingt?

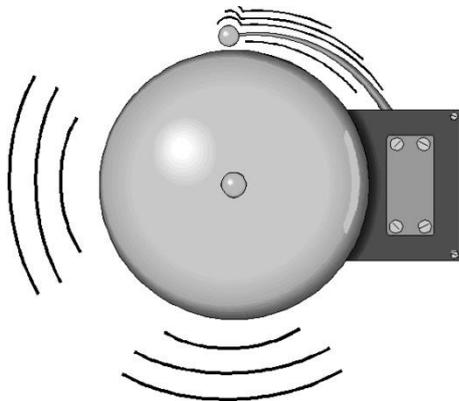
Die Angebote für Sprachförderung ausweiten und die bestehenden bekannter machen. Hagen macht schon eine Menge. Die geförderten Programme „Griffbereit“, „Rucksack KiTa“ und „Rucksack Schule“ setzen schon genau an der richtigen Stelle an. Das müsste unbedingt noch flächendeckender ausgebaut werden. Dafür braucht es noch mehr geschultes Personal und somit auch Geld. Und auch Land und Bund könnten hier mehr tun. 33 000 € Fördermittel pro Jahr sind eigentlich ein schlechter Scherz.

Wie kann die Stadt es schaffen, die fehlenden Plätze im Offenen Ganztag an den Grundschulen bereit zu stellen?

Kurz gesagt: bauen! An den bestehenden Grundschulen sind wir fast am Ende angelangt, was die Ausnutzung aller vorhandenen Raumressourcen angeht. Da geht nicht viel mehr, will man nicht entweder anbauen und vermehrt Klassenräume auch für den OGS-Bereich öffnen.

Also sprechen wir über Neubauten (siehe Wehringhausen und perspektivisch Mittelstadt) oder sonstige Anbaumaßnahmen, wo es möglich ist. Da die Zahl

an Grundschüler in den nächsten Jahren deutlich steigen wird, brauchen wir sowieso mehr Schulraum. Ohne erhebliche Baumaßnahmen geht es also nicht.



In diesen Wochen laufen die Anmeldungen für die weiterführenden Schulen. Wie zufrieden bist du mit dem gegenwärtigen Angebot für zukünftige Fünftklässler?

Ich wäre deutlich zufriedener, hätten wir bereits die 4. Gesamtschule in städtischer Trägerschaft. Dann könnte nämlich fast jedes Kind einen Platz an seiner gewünschten Schulform bekommen. So müssen sich jedes Jahr fast 100 Kinder zwangsweise für eine andere Schulform entscheiden, weil sie keinen Platz einer der drei Gesamtschulen bekommen haben.

Ansonsten haben wir ein gutes Angebot an Gymnasien mit unterschiedlichen Profilen. Unsere Realschulen haben stabile Anmeldezahlen, ebenso die beiden Sekundarschulen. Letztere haben bislang vom Überhang an den Gesamtschulen profitiert und vom Umstand, dass es in der Innenstadt für künftige Fünftklässler neben der Sekundarschule nur noch die Schulform Gymnasium gab und gibt.

Ob wir dauerhaft noch zwei Hauptschulen haben werden, wage ich derzeit nicht zu prognostizieren.

Die Hasper können sich eigentlich privilegiert fühlen: es ist der einzige Stadtbezirk, der jede Schulform im Angebot hat.

Die Nachfrage ist seit Jahren da. Warum hat Hagen immer noch keine 4. Gesamtschule?

Es war politisch schlichtweg nicht von allen gewollt. Das dreigliedrige Schulsystem war für Teile der Mitbewerber sakrosankt. Hinzu kam, dass uns lange signalisiert wurde, dass es keinen zusätzlichen Bedarf an Oberstufenplätzen in Hagen gebe; und eine Gesamtschule verfügt ja auch eine gymnasiale Oberstufe.

Jetzt haben wir endlich weitestgehenden Konsens darüber, die 4. Gesamtschule einzurichten. Ich freue mich sehr darüber und habe Respekt dafür, dass die Mitbewerber, die sich bislang versperrt haben, bewegt haben und dem Elternwillen entsprechen wollen.

Im vergangenen Jahr gab es einen Konflikt zwischen dem Elternwillen, Kinder an einem bestimmten Gymnasium anzumelden, und der städtischen Planung. Wie positionierst du dich in einem solchen Fall?

Da bin ich vollkommen der Meinung der Bezirksregierung Arnsberg : es gibt einen Anspruch auf einen Schulplatz an der gewünschten Schulform, nicht unbedingt auf einen an der gewünschten Schule. Also in dem Fall klar pro städtischer Planung, auch wenn es unpopulär ist.

„Stadt der Fernuniversität“ steht auf den Schildern am Ortseingang. Im kommunalen Alltag ist davon wenig zu spüren. Hast du eine Idee, wie Hagen sein Profil als Bildungsstandort schärfen könnte?

Wie der Name schon sagt, hat Hagen keine Präsenzuni. Naturgemäß sind wenig Studierende im Stadtbild sichtbar.

Allerdings tut sich schon eine Menge in der Stadt, auch wenn es auf den ersten Blick nicht auffällt. Hagen hat unter Federführung des Regionalen Bildungsbüros in den vergangenen Jahren damit begonnen, alle Institutionen und Akteure zu vernetzen, um die berühmt-berüchtigten Synergieeffekte zu schaffen. Plakativstes Beispiel ist die in jedem Jahr stattfindende Regionale Bildungskonferenz. Im März findet übrigens die nächste statt.

Ideen habe ich immer!

Aber ich verschieße doch nicht im Kommunalwahljahr schon im Februar mein Pulver. Die Mitbewerber lesen hier doch auch mit.

(☺, küc)



Schulmuseum Dortmund

Bericht von der BAG Tierschutzpolitik Berlin



Die Bundesarbeitsgemeinschaft Tierschutzpolitik traf sich vom 17. bis 19. Januar in Berlin. Außer Berichten aus den Ländern und Gesprächen mit verschiedenen Abgeordneten war die Teilnahme an der Demo „**Wir haben es satt**“ ein Höhepunkt. Mit dabei war Andrea Peuler-Kampe, die auch auf Landesebene im Tierschutz aktiv ist: Unten im Bild in der roten Jacke steht sie fast direkt neben Toni Hofreiter von der GRÜNEN Bundestagsfraktion.



Das Motto lautete:

Für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für insektenfreundlichere Landschaften und globale Solidarität.



Während der Grünen Woche in Berlin wollten die Demonstrierenden ein Zeichen für die Zusammenarbeit von ökologischer Landwirtschaft und Tierschützer*innen setzen.



Wer genau hinschaut, kann oben Renate Künast MdB mit dem blauen Schal erkennen.



Wenn ihr euch für dieses Thema interessiert,
seid ihr bei der AG Tierschutz der Hagener GRÜNEN gern gesehen.

Warum Gender?



Wer GRÜNE Texte wie unser Wahlprogramm in die Hand bekommt, wird feststellen, dass wir gerne geschlechtergerechte Sprache verwenden. Das tun wir, weil wir sie für ganz normal und wichtig halten. Wir können schlecht für Demokratie und Menschenrechte kämpfen und dann einen grundlegenden Aspekt des Zusammenlebens einfach so unter den Tisch fallen lassen. Das wäre in unseren Augen ein Widerspruch. Natürlich sollen alle privat weiterhin so schreiben dürfen, wie sie wollen. Im politischen Zusammenhang bedeutet der Gebrauch oder gezielte Nicht-Gebrauch von geschlechtergerechter Sprache dagegen eine klare Positionierung.

Grammatisches und persönliches Geschlecht

Wer die maskuline Form als die Regel festschreiben will, unterstellt, Wörter hätten ein grammatisches Geschlecht. Professoren wären danach als natürliche Personen ebenso beiderlei Geschlechts wie Studenten. Studenten wären Studentinnen und Studenten, weil das grammatische Geschlecht des Wortes über das Geschlecht der bezeichneten Person theoretisch nichts aussagte. Die Konstruktion des grammatischen Geschlechts ist allerdings nicht ohne den Bezug zur männergeprägten Wirklichkeit entstanden und kollidierte immer stärker mit der wahrgenommenen und gedachten sozialen Welt.

Sprache prägt das Denken

Männer werden fast immer richtig eingeordnet, Frauen fast nie, denn in unserer Sprache gilt die Regel: 99 Sängerninnen und ein Sänger sind 100 Sänger. (Luise Pusch, 1990)

Durch Sprache entstehen Bilder in unseren Köpfen. Menschen haben bei der männlichen Form auch tatsächlich Männer vor Augen, das ist in zahlreichen Studien belegt.

Das hat Folgen: „Experimente zeigen ..., dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau für eine Position im Management als passend und geeignet

angesehen wird, signifikant höher ist, wenn in der Stellenausschreibung sowohl die männliche als auch die weibliche Form verwendet wird – verglichen mit einer identischen Stellenausschreibung, die nur männliche Formen verwendet.“ (TU Braunschweig)

Durch das Nennen von Menschen aller Geschlechter werden stereotype Rollenbilder aufgehoben. Gendergerechte Sprache zeigt indirekt, dass Menschen jeden Geschlechts für verschiedene Tätigkeiten geeignet und befähigt sind. Sie zeigt Wertschätzung gegenüber allen Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Ihre Benennung drückt die Gleichbehandlung von Frauen, Männern und diversen Menschen als demokratisches Prinzip aus.

Wer fühlt sich denn „mitgemeint“?

Waren bei dem Kongress wirklich nur Politiker oder Wissenschaftler anwesend? Haben wirklich nur Aktivisten an der Blockade teilgenommen? Dies widerspricht oftmals der Realität, da in den meisten Bereichen unserer Gesellschaft Personen verschiedenen Geschlechts präsent sind.

„Die Grundschulen suchen händeringend Lehrer.“

Suchen sie jetzt nur Männer oder Lehrkräfte überhaupt? Oft wird die maskuline Form geschrieben, die feminine nur „mitgemeint“. Texte richten sich aber fast immer an alle Personen, egal, welches Geschlecht sie haben. Es ist nicht zuletzt eine Frage der Präzision klarzumachen, dass eine bestimmte Aufgabe nicht nur von Wissenschaftlern, sondern von Wissenschaftler*innen gelöst wurde – wenn es denn so ist.

Damit sich Frauen auch angesprochen fühlen, sollten sie auch ausdrücklich genannt und somit sichtbar werden. Und zur Frage der Ästhetik nur so viel: Selten beschwert sich jemand bei „Beitragsbemessungsgrenzenachweis“ oder ähnlichen Wortmonstern, dass dies Art zu formulieren eine Zumutung für die Lesenden sei. Man hört und liest diese Kritik eigentlich nur, wenn es um geschlechtergerechte Sprache geht.

Geschlechtergerechte Sprache ist keine Ausnahmeerscheinung mehr

Seit den 1970ern versuchen Feministinnen und ihre Sympathisanten, durch geschlechtersensible Sprache ein anderes Bewusstsein zu schaffen. Nach der etwas unhandlichen Doppelbezeichnung „**Studentinnen und Studenten**“ kam das Binnen-I. Mit der Erweiterung des Geschlechterverständnisses über die binäre Aufteilung Mann/Frau hinaus wurden aus den StudentInnen später **Student*innen** (das ist ein Gendersternchen) oder **Student:innen** (geht auch mit Doppelpunkt), um auch Personen einzubeziehen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen. Nachteil: beim Lautlesen ist nur die weibliche Form zu hören, wenn man nicht extra Sprechpausen macht. Man (von mir aus auch frau oder mensch) kann auch die zugrunde liegende Verbform aufgreifen und erhält **Studierende**.

Geschlecht kommt nicht in nur zwei Varianten daher, es ist ein Spektrum der Möglichkeiten. Und dieses sollte möglichst auch in der Sprache abgebildet werden.

Das haben wir „schon immer“ so gemacht

Der Einwand, es sei schließlich schon immer so gewesen und das Maskulinum eben die Norm, zieht auch nicht. Vieles, wofür wir uns einsetzen, war „schon immer so“ und wir akzeptieren es trotzdem nicht, weil es Menschen in ihren Grundrechten einengt. Sprache entwickelt sich ständig weiter.

Bei den „Bürgern (!) für Hohenlimburg“ scheinen solche Überlegungen noch nicht angekommen zu sein. In seiner Haushaltsrede vom Dezember 2019 beschwert sich ihr Sprecher Frank Schmidt, dass „trotz des engen Personalkorsetts genug Zeit bleibt, um die Bediensteten der Stadt Hagen umfänglich in gendergerechter Sprache zu schulen.“

Frauen in der Politik kennen das. Andere Dinge sind grundsätzlich wichtiger als ihre Anliegen. Dass „Bürger-Angelegenheiten auf ihre Bearbeitung warten“ (Schmidt), hängt wohl eher mit der unzureichenden Personalausstattung zusammen als mit dem Landesgleichstellungsgesetz. Immerhin handelt es sich dabei um eine bindende rechtliche Vorschrift.

Dort heißt es in § 4: „Gesetze und andere Rechtsvorschriften tragen sprachlich der Gleichstellung von Frauen und Männern Rechnung. In der internen wie externen dienstlichen Kommunikation ist die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu beachten. In Vordrucken sind geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen zu verwenden. Sofern diese nicht gefunden werden können, sind die weibliche und die männliche Sprachform zu verwenden.“

Ein Wald aus Binnen-I?

“Texte werden durch gendergerechte Sprache unverständlich!” – ein weiteres häufiges Argument gegen gendergerechte Sprache.

Das stimmt so nicht. Texte mit der Nennung beider Formen oder neutralen Formulierungen werden genauso gut inhaltlich verstanden wie Texte, die durchgehend in männlicher Form geschrieben sind. Ein Problem war eher die bürokratisch-umständliche Ausdrucksweise. Dies ergab eine [Studie der TU Braunschweig](#).

Zugegeben: Manchmal braucht es Fingerspitzengefühl (- oder eben Schulungen!) um einen Text zu schreiben, der treffend und zugleich gut lesbar ist. Aber eigentlich ist es gar nicht so schwer. Im Netz gibt es praktische Tipps, etwa unter <https://geschicktgendern.de/>

Im dortigen Genderwörterbuch werden etwa aus „Anfängern“ „Menschen ohne Vorkenntnisse“. Diese Seite sei auch dem Kommentator der WP empfohlen, der die Witze des Herrn von den BfH über geschlechtergerechte Sprache so enorm amüsan fand.... (küc)

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#)

Kreisverband Hagen

Goldbergstr. 17

58095 Hagen

T: 02331 33 38 22

[Facebook](#)

Keine weiteren Neuigkeiten mehr? [Newsletter abbestellen](#)